

Sie haben die Wahl!

EAK-Wahlmonitor zur Bundestagswahl am 26. September 2021

Dafür stehen die Unionsparteien als Volksparteien:

- Für eine verantwortliche, umsichtige, alle Bürgerinnen und Bürger und alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenführende und ausgleichende Politik auf der Basis des Christlichen Menschenbildes und der christlichen Wertgrundlagen
- Für ein unideologisches und realitätsbewusstes Politikverständnis mit Maß und Mitte sowie das engagierte Ringen um vernünftige Kompromisse und beste Lösungen für die vielfältigen Probleme und Herausforderungen unseres Landes
- Für Freiheit in Bindung und Verantwortung, die für die Entfaltung von Individualität und Vielfalt genauso viel Platz lässt wie für gemeinsame Werte, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Für die besondere Förderung von Ehe, Familie und Kindern und für den Schutz des menschlichen Lebens und seiner unantastbaren Würde vom Anfang bis zum Ende
- Für einen starken Staat, der innere wie äußere Sicherheit garantiert und eine wehrhafte Demokratie, die sich – ohne Ausnahme – klar und deutlich gegen jede Form von Radikalismus und Extremismus abgrenzt. Wir treten politisch jeder Form von Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus oder Diskriminierung von Menschen entschieden entgegen.
- Für den weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit, Demokratie und universale Menschenrechte sowie eine verantwortliche Entwicklungs-, Asyl- und Migrationspolitik. Wir



stehen zu den westlichen Werten und den Verpflichtungen unseres westlichen Verteidigungsbündnisses (NATO) und treten für das Existenzrecht Israels ein.

- Für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und „Wohlstand für alle“ durch das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Wir treten ein für Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin, gegen Steuererhöhungen und weitere Eingriffe ins Eigentumsrecht. Nur gutes Wirtschaften und kluge Haushaltspolitik sichern auch in Zukunft die hohen Standards unseres in aller Welt hoch angesehenen und leistungsfähigen Sozialstaates.
- Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für unsere Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir treten ein für eine Klima-, Umwelt- und Energiepolitik aus einem Guss und mit Herz, Sinn und Verstand.
- Wir setzen auf die Potentiale von guter Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation
- Wir bekennen uns zu den unverzichtbaren geistigen, kulturellen und historischen christlichen Prägungen unseres Landes und zum Erhalt der christlichen Feiertage, der Sonntagsruhe und des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen. Auf der bewährten Basis des deutschen Religionsverfassungsrechtes fördern wir die bewährte Kooperation von Kirche und Staat und achten die freiheitlichen Selbstbestimmungsrechte von Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Dafür steht die FDP:

- **Bioethik (Lebensschutz), Familienrecht, Gesellschaft und Identität:** Für ein „liberales Sterbehilfegesetz“, **Legalisierung der Eizellspende**, „Klarstellung, dass die **Embryonenspende** (*sic!*) zulässig ist“, **Ermöglichung der Leihmutterchaft** („nichtkommerziell“), Anerkennung der **Mehrelternschaft** („**Bis zu vier Elternteile** sollen im Interesse des Kindeswohls rechtliche Eltern sein können.“), „Adoptionsrecht für alle“, **Abschaffung § 219a Strafgesetzbuch**, **Abschaffung des Transsexuellengesetzes** und **Schaffung eines „Selbstbestimmungsgesetzes“** („Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von den Krankenkassen

übernommen werden.“), Einführung einer gesetzlichen „Verantwortungsgemeinschaft“ neben der Ehe, Stärkung von LSBTI-Rechten

- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** „Weiterentwicklung“ des „Staatskirchenrechtes zum Religionsverfassungsrecht“: **Ablösung der Staatsleistungen** an die Kirchen, **Abschaffung der „stillen Feiertage“** und der **kirchlichen „Privilegien im Arbeitsrecht“**
- **Sonstiges: Wahlrecht ab 16 Jahren**, kontrollierte **Freigabe von Cannabis**

Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen:

- **Klimapolitik:** Die Umsetzung einer radikalen klima- und energiepolitischen Agenda, gleichsam mit der Brechstange. Alles im Staate soll zukünftig dem obersten Ziel der von den Grünen ausgerufenen „Klimagerechtigkeit“ untergeordnet werden (s. auch „Klimaschutz-Sofortprogramm“). Diese enorme Ausweitung von wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben von Seiten des Staates würde schon bald völlig unkalkulierbare wirtschaftliche, finanzielle und soziale Belastungsfolgen zeitigen. Die geplanten Maßnahmen dafür sind u.a.: Der vorgezogene Kohleausstieg (2030 statt 2038), die Schaffung eines „Klima-Ministeriums“ mit Vetorecht, massiver staatlicher Planungsdruck in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, eine „generationen- und budgetgerechte“ Nachschärfung des Klimaschutzgesetzes, die vorgezogene Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro pro Tonne schon für das Jahr 2023, massive Einschränkungen des individuellen Automobilverkehrs und der damit verbundenen Mobilitäts-Freiheitsrechte durch Schaffung „autofreier Innenstädte und Stadtviertel“, die Umwandlung von Auto- in Fahrradparkplätze, innerstädtisches Tempolimit von 30 km/h, Tempolimit von 120 km/h auf allen Autobahnen, Einführung zusätzlicher Bußgelder und Nahverkehrsabgaben („City-Maut“), Verringerung von Kurz- sowie Langstreckenflügen. Verkehrspolitisch soll Deutschland zum „Fahrradland“ werden!
- **Haushaltspolitik und Sozialpolitik:** Die Abschaffung der grundgesetzlichen Schuldenbremse (im *Grünensprech*: „Reform“, „Schuldenbremse zeitgemäß gestalten“), Steuererhöhungen (Anhebung der Steuersätze für Besser- und Spitzenverdiener) und die Einführung einer neuen Vermögenssteuer, „Garantiesicherung“ (Grundsicherung) statt Hartz IV mit dem Fernziel des „bedingungslosen Grundeinkommens“, Transformation der gesetzlichen Rentenversicherung in eine „Bürger*innenversicherung“
- **Familienpolitik:** Ausweitung der „Kinderrechte“ im Grundgesetz, Schaffung eines „modernen und liberalen Namensrechtes“ im Familienrecht in Verbindung mit der weiteren Entgrenzung des Familienbegriffes durch die Reform des Abstammungsrechtes sowie die Schaffung neuer, auch wahlverwandtschaftlich geprägter Rechtsinstitute („soziale“ neben leiblicher Elternschaft, „Mehr-Eltern-Familien“, „Co-Elternschaft“, „Pakt für das Zusammenleben“), Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer präferierten Individualbesteuerung der Ehepartner (Optionsschutz nur bei Bestandsehen)
- **Identitätspolitik:** Konsequentes „Gender-Mainstreaming“ in allen Bereichen des öffentlichen Lebens (u.a. auch „Gender-Budgeting“ und „Diversity-Mainstreaming“ in den Bereichen Finanzen/Haushalt und Verwaltung), die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde (also noch ein weiteres Ministerium?) ausgebaut werden, Einführung paritätischer Frauenquoten für Führungspersonen im Gesundheitswesen und „diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung“ für LSBTIQ sowie Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft, das Motto lautet „Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus“
- **Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik:** Schaffung eines eigenständigen Ministeriums für Einwanderung, Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Drittstaatsangehörige, Erleichterungen und Entbürokratisierung beim Einbürgerungs- und Staatsbürgerschaftsrecht (Antrag auf Einbürgerungen nach 5 Jahren Aufenthalt in Deutschland, auch für „anerkannte Geflüchtete“, automatischer Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft, „wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat“, „Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden“, „Für binationale Familien und Paare, egal ob mit oder ohne Trauschein, wollen wir die Einreise unbürokratisch und fair gestalten“), neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schaffen, vermehrte Anerkennung der Mehrstaatigkeit durch Abschaffung des Optionszwanges im Staatsangehörigkeitsrechtes, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten wird abgelehnt, Abschaffung des Flughafenverfahrens sowie der Möglichkeit der sofortigen Zurückweisung an den deutschen Binnengrenzen, kategorische Abschiebestopps in Kriegs- und Krisenländer sowie nach Syrien und Afghanistan.
- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** „Muslim*innen schützen und stärken“, Forderung nach Reform des kirchlichen Arbeitsrechtes (Aufhebung der „Ausnahmeklauseln für Kirchen im Betriebsverfassungsrecht und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“), Unterstützung für die „notwendige Modernisierung der christlichen Kirchen“ und die Forderung nach „lückenloser Aufklärung der Fälle sexualisierter Gewalt“, die Ablösung der Staatsleistungen soll umgesetzt werden, Streichung des § 166 des StGB (sog. „Blasphemie-Paragraph“: Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen)

Dafür steht die SPD:

- **Haushaltspolitik und Sozialpolitik:** Massive staatlich-öffentliche Investitionspolitik zur Wirtschafts- und Innovationsförderung (Staat als „strategischer Investor“ und „Innovationstreiber“) durch neue Staatsverschuldung (Nutzung der „verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme“), Steuererhöhungen für Besserverdiener (= Reichensteuer) und Steuerentlastung „für die Mehrheit“ (*unspezifiziert*), Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftssteuer und Einführung einer Finanztransaktionssteuer, längere Bezugsmöglichkeiten für das „Arbeitslosengeld I“, Entwicklung eines grundsichernden „Bürgergeldes“ (zum „Leben in Würde“ und zur „gesellschaftlichen Teilhabe“), Ablehnung der Heraufsetzung des Renteneintrittsalter, zukünftige Zusammenführung der „Altersversorgung der Beamt*innen mit der gesetzlichen Rentenversicherung und eine „Vollversicherung als Bürgerversicherung, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen“ abdecken soll.
- **Familien- und Identitätspolitik:** Forderung nach Abschaffung des §219a und „Feststellung“ (*sic!*) in Bezug auf §218ff: „Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht“, Reform des Abstammungsrechtes („für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen“), Abschaffung der psychologischen Gutachten zur „Feststellung der Geschlechtsidentität“ (Anpassung des Personenstandes)
- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** Die Kirchen sind der SPD in ihrem gesamten „Zukunftsprogramm“ kaum der besonderen Erwähnung wert: „Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen.“ (S. 46)

Dafür steht „Die Linke“:

- **Haushaltspolitik und Sozialpolitik:** Massive Steuererhöhungen und zusätzliche Vermögensabgaben: Reichen-(60–75 %), Erbschafts-, Umsatz-, Finanztransaktions- und Gewerbesteuer („Gemeindefinanzsteuer“ – *sic!*) und Abschaffung der Schaumweinsteuer (*kein Witz!*), Abschaffung der Schuldenbremse und neue Staatsverschuldung, massive Regulierung des Arbeitsmarktes und zahlreiche neue und unseriös kalkulierte Wohlstandsversprechungen: Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 Euro, volle Sozialversicherungspflichtigkeit für Minijobs, Anhebung des Rentenniveaus auf 53 %, Einbeziehung aller Erwerbstätigen (inkl. „Freiberufler*innen“, „Manager*innen“ und „Beamt*innen“), Solidarische Mindestrente von 1200 Euro, **Frühverrentung ab 60 Jahre** (Zurücknahme der Regelaltersgrenze von 67 Jahren), **Verstaatlichung** („Vergesellschaftung“) der Strom- und Wärmenetze, Einführung eines bundesweiten „Mietendeckels“
- **Innere und äußere Sicherheit:** Abschaffung des Verfassungsschutzes (durch eine „unabhängige Beobachtungsstelle“), Einführung der sofortigen und flächendeckenden individuellen Kennzeichnungspflicht für „Polizeibeamt*innen“ und Einrichtung von unabhängigen „Beschwerde- und Ermittlungsstellen gegen Polizeigewalt“, „Abrüstung“ und Abbau/Verkleinerung der Verteidigungskräfte der Bundeswehr, Reduzierung des Verteidigungshaushaltes des Bundes, „Kein Werben fürs Sterben“ (Werbeverbot für Bundeswehr), kein Einsatz der Bundeswehr für Katastrophenschutz, atomwaffenfreies Deutschland („Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden.“), Schließung aller „ausländischen Militärbasen“ in Deutschland, „Verhandlungen über einen deutsch-Russischen (*sic!*) Vertrag (...), um Versöhnung und Freundschaft (...) zu erreichen und zu verstetigen“, Austritt aus der NATO
- **Familien- und Identitätspolitik:** Geschlechterquotierung, Abschaffung von § 218 und 219 („Wir wollen für Frauen, Trans* und nicht binäre Menschen einen legalen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch“), **Künstliche Befruchtung kostenfrei für alle**, Einführung eines „Wahlverwandschaftsrechtes“, **Reform des Abstammungsrechtes**, Abschaffung des Ehegattensplittings, Geschlechtsneutrale Toiletten und Waschräume
- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** Massive Eingriffe in das Religionsverfassungsrecht: „Eine (automatische) Mitgliedschaft von Kindern in Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften der Eltern lehnen wir ab. Ein Beitritt darf nur selbst und nach Erreichen der Religionsmündigkeit erfolgen.“, „**Institutionelle Trennung von Staat und Religion**“ (bzw. „Staat und Kirche“), **Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechtes und Ablösung der Staatsleistungen**
- **Sonstiges:** Kündigung des „Flüchtlingsdeals“ mit der Türkei („**Asylrecht ausweiten und durchsetzen!**“), **Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre**, Einsatz für eine „antifaschistische Erinnerungskultur“, „Treuhand-Vergangenheit aufarbeiten“, „Europaweit: **Reichtum von oben nach unten verteilen**“

Dafür steht die AfD:

- **Staat und Recht: Unmittelbare Demokratie** („... um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten“): Volksabstimmungen nach Schweizer Modell („uneingeschränkte Volkssouveränität“), **Reform des Verfassungsschutzes**, „Entpolitisierung der Justiz“ („Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden“), **Abschaffung der „Institution der parlamentarischen Staatssekretäre“ und der staatlichen „Finanzierung von Parteistiftungen“**, **Begrenzung der Parteienfinanzierung, Abschaffung der Politikerpensionen**
- **Europa, Außen- und Verteidigungspolitik: Abschaffung der EU** („Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten“), **Abschaffung des Euro** („Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten“, „Wiedereinführung nationaler Währungen“), **Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten**, Für **Beteiligung Deutschlands am Projekt „Neue Seidenstraße“ Chinas**, **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland**, Dienst in Streitkräften nur für Deutsche ohne zweite Staatsangehörigkeit
- **Religionsverfassungsrecht: Abschaffung der islamtheologischen Lehrstühle** an deutschen Universitäten und **des konfessionellen Islamunterrichtes** an den staatlichen Schulen, flächendeckende **Überprüfung aller Moscheevereine** (Deutschpflicht in Koranschulen)
- **Asyl- und Migrationspolitik: Zurückweisung von Asylsuchenden** bei Einreise an der Grenze, Ausbau der deutschen Grenzsicherung, Beantragung von Asyl und Eröffnung des Antragsverfahrens nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit, Abschaffung des „Spurwechsels“, **Abschiebeoffensive** und **Abschaffung von Duldungen, Aufhebung der „Kirchenasyl“-Vereinbarung** zwischen BAMF und Kirchen, **Kündigung des UN-Migrations- und Flüchtlingspaktes**, **Rückkehr zum Abstammungsprinzip bei der Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit**
- **Sonstiges:** Einsetzung eines parlamentarischen **Corona-Untersuchungsausschusses**, gegen die „**Schmähung des Deutschen Kaiserreiches**“, **Kündigung aller Rundfunkstaatsverträge, Kündigung des Pariser Klimaabkommens**



Am 26.
September
beide Stimmen
für CDU oder
CSU!